

Was nimmt Schäuble sich heraus?

Der Gesundheitsfonds ist gut gefüllt und weckt Begehrlichkeiten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will bereits 2014 einen „strukturell ausgeglichenen“ Haushalt erreichen. Damit will die Union im Wahljahr punkten. Um das Haushaltsloch zu stopfen, greift der Finanzminister in die „Gesundheitskasse“. Am Ende trifft es Arbeitnehmer und Rentner, weil sie Zusatzbeiträge zahlen müssen oder weniger Leistungen erhalten werden.

Höhe und Ursachen der Überschüsse

Die Medien melden „Rekordreserven“ von 28 Mrd. Euro. Diese Vereinfachung ergibt ein falsches Bild. Tatsächlich verhält es sich so: Der Gesundheitsfonds, in den die Krankenversicherungsbeiträge und der Steuerzuschuss fließen, hat rund 13 Mrd. Euro Reserven. Das ist weniger als eine Monatsausgabe. Bei den 134 gesetzlichen Krankenkassen betragen die Reserven insgesamt rund 15 Mrd. Euro und liegen nur wenig über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestreserve in Höhe von 11,4 Mrd. Euro. Die Reserven sind zudem unter den Kassen sehr ungleich verteilt. Die derzeitige Situation der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist einmalig. Im Jahr 2011 wurde der Beitragssatz auf 15,5 Prozent angehoben und ein Arzneimittelparapaket aufgelegt. Zugleich verlief die Konjunktur besser als erwartet. Somit waren die Einnahmen höher als die Ausgaben.

GKV-Überschüsse: Alle wollen zugreifen

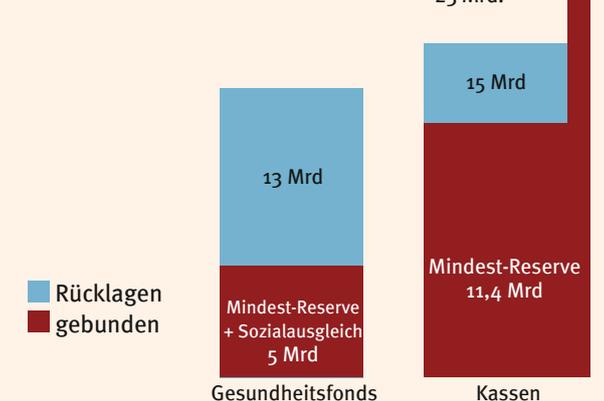
Die gute Finanzlage der GKV weckt Begehrlichkeiten. Nicht nur bei Krankenhäusern, Ärzten und Apothekern, die Zuschläge außer der Reihe fordern oder bei

Das Wichtigste in Kürze:

1. Die Fondsmittel sind zweckgebunden. Sie dienen der Gesundheitsversorgung und sind keine Reserve für den Bundeshaushalt.
2. Mit den bisherigen Beschlüssen sind die Finanzmittel des Fonds fast aufgebraucht.
3. In der Folge drohen Defizite, die durch Zusatzbeiträge alleine von den Versicherten ausgeglichen werden müssten.

Der größte Teil der GKV-Reserven ist gebunden

Finanzsituation der GKV Ende 2012



Grafik: IG Metall SOPAINFO Quellen: GKV Spitzenverband; gesetzliche Vorgaben



Pharmakonzernen, die den Krankenkassen weniger Rabatte geben wollen. Auch die Bundesregierung greift kräftig zu.

Steuerzuschuss um 4,5 Mrd. Euro gekürzt

Obwohl die Bundesregierung den Steuerzuschuss zur GKV bereits um 4,5 Mrd. Euro gekürzt hat, verlangt Schäuble nun weitere 1,5 Mrd. Er lässt verkünden, es sei unsinnig, das Geld im Gesundheitsfonds liegen zu lassen und gleichzeitig Schulden zu machen.

„Es macht wenig Sinn, ein Defizit im Haushalt und gleichzeitig hohe Überschüsse in der Gesundheitskasse zu haben.“

Steffen Kampeter (CDU), Finanz-Staatssekretär

Schäuble hat dreifach Unrecht:

Zum Ersten handelt es sich beim Steuerzuschuss um zweckgebundene Mittel, die den Versicherten und Patienten zustehen.

Zum Zweiten kalkuliert er mit dem Geld der Beitragszahler, insbesondere der Arbeitnehmer und Rentner. Denn die müssen Mindereinnahmen ausgleichen.

Zum Dritten ist das Geld im Gesundheitsfonds weitgehend gebunden, weil Liquiditätsreserven vorgehalten werden müssen.

Steuerzuschuss ohnehin unzureichend

Der Steuerzuschuss ist als Ausgleich für gesellschaftliche Leistungen der GKV gedacht, z. B. für die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern. Die Bundesregierung hatte sich verpflichtet, den Steuerzuschuss aufzubauen und bei 14 Mrd. Euro stabil zu halten. Die Mittel decken nicht einmal die Hälfte der familienpolitischen Leistungen.

Mittelfristig drohen Zusatzbeiträge

Rechnet man die Mittel für den Wegfall der Praxisgebühr (3,8 Mrd. in 2013/14) und die beschlossene Kür-

zung des Steuerzuschusses (4,5 Mrd.) zusammen, schrumpfen die Reserven im Gesundheitsfonds bis Ende 2014 auf 4,7 Mrd. Euro. Außer der vorgeschriebenen Mindestreserve (3,2 Mrd.) bleiben letztlich 1,5 Mrd. Euro „freie“ Reserve.

Lediglich diese „freie“ Reserve stünde zur Disposition. Die soll Schäuble nun auch noch bekommen, darauf hat die Koalition sich geeinigt. Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass Überschüsse für eine bessere Versorgung genutzt werden. Das kann nur gelingen, wenn der Ausgabenanstieg gebremst wird und das Arzneimittelparapaket fortgeführt wird. Sonst wird es bereits Ende 2013 wieder kritisch.

Hat der Fonds keine Reserven, kann er den Kassen keine ausreichenden Mittel zuweisen. Dann müssten diejenigen Kassen, die über geringe Rücklagen verfügen, von ihren Versicherten Zusatzbeiträge verlangen. Je mehr Schäuble sich aus dem Gesundheitsfonds holt, umso eher wäre dies der Fall.

Die IG Metall lehnt jegliche Kürzung des Steuerzuschusses ab und fordert eine gerechte und verlässliche Finanzierung der GKV durch eine solidarische Bürgerversicherung.

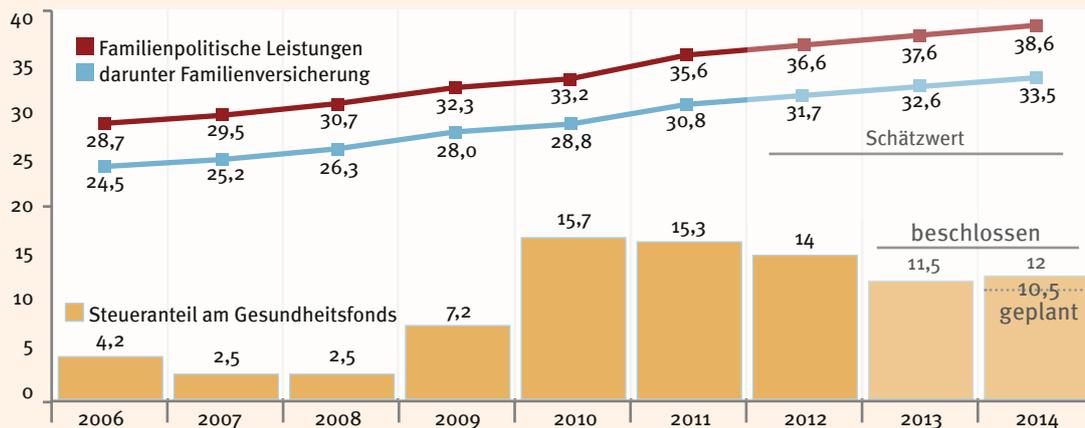


„Man wird die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben beobachten müssen. Aber eins ist klar: Das Geld gehört den Versicherten und ist keine Manövrier-masse, um den Bundeshaushalt zu schönen!“

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Familienpolitische Leistungen der GKV und Steuerzuschuss

(in Mrd. Euro)



Grafik: IG Metall SOPAINFO Quelle: BMG, GKV Spitzenverband, eigene Schätzung



Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik, 60519 Frankfurt am Main
Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban
Redaktion: Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke, Angelika Beier, Stefanie Janczyk
Gestaltung: Warenform

Das SOPAINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de. Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

